



Startgedanken

Kerstin Kaiser

Fraktionsvorsitzende

2012 wird für Brandenburg ein wichtiges Jahr.

Wir setzen rot-rote Akzente bis weit in die Zukunft. Die Entlastung der Landesfinanzen von neuem Schuldendruck gehört dazu. Entscheidend bleibt aber, wofür Geld ausgegeben wird. Für die Stärkung der öffentlichen Schulen zum Beispiel. Für genug Lehrerinnen und Lehrer. Für handlungsfähige Städte und Dörfer. Nicht alles ist in Euro und Cent auszudrücken. 2012 kommen die Nachhaltigkeitsstrategie und die neue Energiestrategie. Im Wahlkampf haben wir „Vorrang für Erneuerbare Energien“ versprochen – jetzt gehen wir den Durchbruch für die Erneuerbaren an! Das ist nicht nur technisch ein große Herausforderung, es ist auch ein gesellschaftliches Umbauprogramm. Das gelingt nur in breitem öffentlichem Dialog. Unsere Fraktion leistet das Ihre: mit einer neuen Debatte über unser Leitbild für ein solidarisches Brandenburg.

Sicher, sozial, ökologisch

Energiestrategie 2030

THOMAS DOMRES

Energiepolitischer
Sprecher



Sichere, bezahlbare und ökologische Energieversorgung – das hat DIE LINKE zum Thema einer Aktuellen Stunde im Landtag gemacht. Der Entwurf der Energiestrategie 2030 des Wirtschaftsministeriums liegt vor. Bis Mitte Februar können Umwelt- und Wirtschaftsverbände, Energiewirtschaft, Nachhaltigkeitsbeirat, die Mitglieder der Umweltpartnerschaft sowie Gewerkschaften und Kammern dazu Stellung beziehen. Bereits jetzt zeigt sich, dass der Weg zur notwendigen Energiewende, gerade im Energieland Brandenburg, schwierig wird. Eine zu-

kunftsfähige Energieversorgung muss vor allem klimaschädliche CO₂-Emissionen radikal vermeiden. Gleichzeitig muss sie stets versorgungssicher, ökologisch nachhaltig und sozial verträglich zur Verfügung stehen. Mit der Energiestrategie 2030 werden die anspruchsvollen klimapolitischen Ziele des Landes für die kommenden Jahre bekräftigt und die eingeleitete Energiewende konsequent fortgeführt. Der verstärkte Ausbau erneuerbarer Energien, die notwendige Steigerung der Energieeffizienz und die Energieeinsparung in allen gesellschaftlichen Bereichen haben Vorrang.

Neue Speicher, bessere Netze

Eine echte Herausforderung ist die Systemintegration der Energie aus Wind, Biomasse und Sonne durch die Entwicklung von innovativen Speichertechnologi-

en. Auch der Um- und Ausbau der Netze muss in den nächsten Jahren massiv vorangetrieben werden. Je schneller der Übergang zu einer sicheren und nachhaltigen Versorgung aus den Erneuerbaren klappt, desto eher kann auf fossile Energieträger wie Kohle oder Gas verzichtet werden. Die Entwicklung hat reichlich Dynamik.

Umbau wird regelmäßig überprüft

Deswegen soll der Umbau des Energiesystems regelmäßig überprüft werden. So werden die Prognosen für weitere Entscheidungen präziser. Dazu müssen alle Anstrengungen unternommen werden, damit erneuerbarer Strom auch möglichst zu allen Zeiten bedarfsgerecht und zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung steht.

Thomas Domres im Interview: Seite 3

Sicherheit: Gestiegene Grenzkriminalität ist Herausforderung

DR. HANS-JÜRGEN
SCHARFENBERG



Innenpolitischer
Sprecher

Die seit dem Wegfall der Grenzkontrollen im Dezember 2007 stark gestiegene Kriminalität in Brandenburg war Thema einer Aktuellen Stunde im Landtag. Vor allem PKW und Ersatzteile, aber auch Baumaschinen und landwirtschaftliche Maschinen werden vermehrt gestohlen.

Grenzbewohner besonders betroffen

Diese Entwicklung ist im ganzen Land zu beobachten. Trotzdem leiden die Menschen in der Grenzregion noch mehr

unter dieser Entwicklung. Wurden 2007 178 Kraftfahrzeuge in den Grenzgemeinden gestohlen, waren es 2010 schon 623 Fahrzeuge. Das zeigt, dass die Problematik der Grenzkriminalität ernst genommen werden muss.

CDU will Stimmung anheizen

Dagegen wirksam etwas zu tun, ist allerdings schwer. Ein Weg: Unternehmen schützen ihr Eigentum bereits wesentlich besser - neben Wegfahrsperrern auch GPS-Sensoren und künstliche DNA für die Fahrzeuge nutzen, Starthemmnisse einbauen und nicht zuletzt auch die nachbarschaftliche Wachsamkeit verstärken. Ebenso muss sich aber die Polizeiarbeit auf die Spezifik der Grenzregion einstellen.

len. Wer dabei aber, wie die CDU, den Eindruck erwecken will, dass die brandenburgische Polizeistrukturreform die Ursache für die Kriminalitätsentwicklung in den Grenzgemeinden ist, irrt: DIE LINKE hat bei der Polizeistrukturreform dafür gesorgt, dass die Polizei verstärkt in der Grenzregion verbleibt, keine Standorte geschlossen werden und die Zahl der Revierpolizisten erhalten bleibt.



DIE LINKE LTF BR8

Flughafen: Für konsequenten Lärmschutz

KORNELIA WEHLAN



Sprecherin für
Verkehrspolitik,
Regionalplanung
und Raumordnung

Mit der falschen Standortentscheidung 1996 war klar: Für Bürgerinnen und Bürger werden gravierende Belastungen eintreten, die auch nicht durch die Flugroutenplanung geheilt werden können. Dies ist den damaligen politischen Entscheidern anzulasten.

Bundesministerium mauert

Kritik verdient die Entscheidung des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung für die komplette Ablehnung von Vorschlägen des Umweltbundesamtes: Andere

Festlegungen bei den Flugrouten, bei den Nutzungskonzepten für die Flughäfen und bei Anflugverfahren könnten die Lärmbetroffenheit noch reduzieren. Auch zu grundsätzlichen Regelungsbedarfen schweigt sich die Behörde des Bundesverkehrsministers aus. Dabei ist es längst überfällig, die Verfahren von Planfeststellung und Flugroutenbestimmung zusammenzuführen. Nur so könnten auch



blindguard/photocase.com

die wirklich Betroffenen mitreden. Die ausdrückliche Empfehlung des Umweltamtes für ein völliges Nachtflugverbot wird schlichtweg ignoriert. Für DIE LINKE bleibt es dabei: Wer ernsthaft will, dass die Gesundheit wichtiger ist als wirtschaftliche Interessen und Konkurrenzen, muss den Vorrang von Lärmschutz bundesgesetzlich festschreiben.

Berechtigte Ansprüche erfüllen

Beim Thema Schallschutzprogramm bestehen im Landtag fraktionsübergreifend klare Erwartungen: Durchsetzung der Festlegungen beim Schallschutz am Tag und deutlich mehr Tempo bei der Realisierung. Die Flughafengesellschaft muss sich verloren gegangenes Vertrauen wieder erarbeiten. Auch Entschädigungszahlungen oder eine „Lärmrente“, wenn Maßnahmen nicht rechtzeitig umgesetzt werden, kommen in Betracht. DIE LINKE betont sehr klar: Das Schallschutzprogramm endet nicht, wenn eine Summe X erreicht ist, die die Flughafengesellschaft dafür kalkuliert hat. Es endet dann, wenn die berechtigten Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger erfüllt sind!

Initiative: Respekt

Mehr als 20 000 Bürgerinnen und Bürger unterschrieben die Volksinitiative „Schule in Freiheit“ - dieses Engagement betrachten wir mit Respekt. Die Initiative griff Themen auf, die zweifellos für die Entwicklung der Brandenburger Schulen wichtig sind, wie Vielfalt in der Bildung, selbstständige Organisation der Schulen oder finanzielle Besserstellung der Schulen in freier Trägerschaft.

Verantwortung für alle wahrnehmen

DIE LINKE hat intensive Debatten mit Vertretern der Initiative geführt. Dabei gab es sowohl Konsens als auch Dissens. Auch wir sehen erheblichen Entwicklungsbedarf für die Brandenburger Schulen. Wir sehen uns dabei in der Verantwortung, die Qualität aller Schulen und damit die Bildungschancen aller Schülerinnen und Schüler im Blick zu behalten. Die Vielfalt in der Brandenburger Schullandschaft wollen wir erhalten.

Freie Schulen nicht gefährdet

Eine finanzielle Besserstellung der freien Schulen mussten wir jedoch ablehnen. Wir denken aber, dass die Nachbesserungen im Haushalt den Bestand freier Schulen kaum gefährden werden.

GERRIT GROBE

INTERVIEW

Schritte zur Energiewende

LINKSDRUCK sprach über die Schritte zu einer sicheren, sozial und ökologisch verträglichen Energie-Versorgung mit dem energiepolitischen Sprecher Thomas Domres



LINKSDRUCK: Der Energiestrategie-Entwurf wird öffentlich diskutiert, auch kontrovers. Wie ist Ihre Meinung?

Thomas Domres: Der LINKEN war es schon immer wichtig, den Prozess hin zur Energiestrategie 2030 offen und transparent zu führen. Diesen Weg geht unser Wirtschaftsminister Ralf Christoffers mit der Veröffentlichung. Dass nun selbst dieses transparente Verfahren kritisiert wird, finde ich bedauerlich. Es allen recht zu machen, ist schwer. Die Interessen sind sehr unterschiedlich.

Ist der Entwurf der Energiestrategie 2030 lediglich eine Fortschreibung?

Keinesfalls, zum einen ist das ehemalige Zieldreieck „Versorgungssicherheit“, „Wirtschaftlichkeit“ und „Klimaschutz“ um das Ziel „Akzeptanz und Bürgerbeteiligung“ zum Zielviereck erweitert worden.

Ohne Akzeptanz wird sich die Energiewende schwer umsetzen lassen. Zum anderen ist die grundsätzliche Orientierung auf den verstärkten Ausbau Erneuerbarer Energien, einschließlich des erforderlichen Netz- und Speicherausbau, der Steigerung der Energieeffizienz und der Energieeinsparung in allen gesellschaftlichen Bereichen ausdrücklich hervorzuheben. Damit sind die Grundlagen für eine konsequente Energiewende in Brandenburg – ökologisch nachhaltig und sozial verträglich – gelegt.

Worauf kommt es Ihnen bei der Energiewende noch an?

Die Energiewende ist auch eine soziale Herausforderung. Bezahlbare Energiepreise müssen aus Sicht der LINKEN immer mitgedacht werden. Energie darf kein Luxusprodukt sein – alle müssen den Strom bezahlen können.

Oder-Partnerschaft



**AXEL
HENSCHKE**

MdL, DIE LINKE
Frankfurt/Oder



**JÜRGEN
MARESCH**

MdL, DIE LINKE
Cottbus

Gleich zu Jahresbeginn gab es zwei internationale Treffen von Abgeordneten aus der Grenzregion. Am 16. Januar trafen sich in Potsdam regionale Abgeordnete aus vier Bundesländern und vier Woiwodschaften an der deutsch-polnischen Grenze. Auf Initiative der LINKEN hatte Rot-Rot sich 2009 die Aufgabe gestellt, gemeinsam mit den Partnern in Deutschland und Polen Entwicklungslinien für unsere Region an Oder und Neiße für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre zu erarbeiten. Das



Potsdamer Treffen - das erste seiner Art - diente dazu, gemeinsame Interessen und Ansätze auszuloten. Schwerpunktartig ging es um Wirtschaft, Tourismus und Förderpolitik. Die Idee einer regionalen, deutsch-polnischen Parlamentariergruppe im Rahmen der Oderpartnerschaft - von unserer europapolitischen Sprecherin Gerlinde Stobrawa vor längerem vorgeschlagen - fand beim Treffen positive Resonanz. Ein Folgetreffen in Szczecin wurde vereinbart.

Drei-Länder-Treffen in Zielona Góra

In Zielona Góra berieten dann am 20. Januar Vertreter linker Fraktionen aus der deutsch-polnisch-tschechischen Grenzregion über die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unter Nutzung von EU-Mitteln: Wo stehen wir bei der Umsetzung des gemeinsamen Programms Brandenburg-Lubuskie? Und wie können wir gemeinsam die neue Förderperiode ab 2014 vorbereiten? Das waren zentrale Fragen, die Polen wie Brandenburger bewegten - hinter uns liegen zwei Arbeitstreffen im besten Sinne des Wortes!

MfS-Debatte: Der Wahrheit verpflichtet

STEFAN LUDWIG

Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender



Die Kommission zur Stasi-Überprüfung der Abgeordneten hat seit 2009 keine völlig neuen Fakten zu Tage gefördert. Ins Zentrum rücken nun die Bewertung von Biografien, die Maßstäbe dafür und vor allem die legitimen Interessen derer, die in der DDR verfolgt und benachteiligt wurden.

Moralische Schuld klar benannt

Das spiegelt sich in der Entschließung wider, die der Landtag auf Initiative von CDU-Fraktionsvize Dieter Dombrowski, einst politischer Gefangener in der DDR, mit übergroßer Mehrheit beschlossen hat. Nach dem Beschluss von 1994 - „Die Vergangenheit mit menschlichem Maß

bewerten“ - ist dies ein weiterer Meilenstein. Die Entschließung benennt klar moralische Schuld, auf rechtlich bedenkliche Instrumente verzichtet sie. Abgeordnete mit Stasi-Kontakten werden zur weiteren kritischen Auseinandersetzung mit Werdegang und aktueller Rolle gedrängt. Betroffen sind allein Mitglieder der LINKEN. Hier gibt es seit 1991 (2010 vom Landesparteitag bekräftigt) die Pflicht zur Offenlegung der politischen Biografie. Erst nach Kenntnis und kritischer Bewertung entscheiden die demokratischen Gremien in der Partei über eine Kandidatur. Nur so kann Vertrauen entstehen. Wer sich dem nicht stellt, zerstört Vertrauen. Ohne Vertrauen aber funktioniert die repräsentative Demokratie nicht.

Fragen zur Arbeit der Fraktion?
Einfach **L** - Infotelefon anrufen:
0331 / 966-1544

Direkte Demokratie: Vision wird umgesetzt

DR. HANS-JÜRGEN
SCHARFENBERG



Innenpolitischer
Sprecher

Nach der Verfassungsänderung zur Absenkung des Wahlalters auf 16 wurden jetzt die entsprechenden Wahlgesetze geändert. In Brandenburg dürfen nun Jugendliche ab 16 Jahre mitentscheiden - in den Kommunen wie im Land. Brandenburg ist damit das erste Flächenland, das ein so weitgehendes Wahlrecht einräumt. Auch wurde eine deutliche Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Volksgesetzgebung beschlossen. Hier wollte DIE LINKE einen deutlicheren Ausbau. Mit der SPD konnte dazu aber nur ein Kompromiss



erzielt werden. Volksinitiativen können zukünftig an weitaus mehr Stellen unterstützt werden als bisher.

Mehr Teilhabe wird möglich

Unterschriften sollen vor den ehrenamtlichen Bürgermeistern, aber auch außerhalb von Amtsräumen, bei Institutionen, wie z.B. Sparkassen, abgegeben werden können. Der Eintragszeitraum ist auf sechs Monate verlängert worden.

Eine briefliche Eintragung ist auch möglich. Damit sind wesentliche Forderungen der LINKEN für eine verstärkte demokratische Teilhabe erfüllt. Deutlich mehr Menschen sollen mitbestimmen dürfen - und das nicht nur alle fünf Jahre bei den Wahlen. Die ersten Bewährungsproben zeichnen sich bereits ab: Es sind die laufenden Volksinitiativen zu den Freien Schulen und zum Fluglärm!

Bessere Unterkunft

Die Unterkunftsbedingungen von Flüchtlingen in den so genannten Gemeinschaftsunterkünften waren und sind leider wiederholt ein brisantes Thema. Die baulichen Zustände und die Standorte führen immer wieder zu Kritik.

Gemeinsame Entscheidungen treffen

Das soll nun besser werden. Um Verbesserungen bei der Unterbringung, Betreuung und Beratung zu erreichen, müssen sich das Land, aber auch die verantwortlichen Kommunen gemeinsam anstrengen. Die Vernetzung von Angeboten vor Ort ist bei der Betreuung von Flüchtlingen besonders wichtig. Denn Gesundheits- und Sozialamt, Ausländerbehörde, Sozialarbeiter und Heimvertreter müssen gemeinsame Entscheidungen treffen. Im Land gibt es gute Beispiele für solche Unterkünfte und die darin gemachten Angebote - etwa in Luckenwalde. Die neuen Vorschläge für eine verbesserte Unterbringung, Beratung und Betreuung der Flüchtlinge sollen jetzt im Sozial- und im Innenausschuss beraten werden.

BETTINA FORTUNATO

Maßnahmepaket



Susann Stiller / photosee.com

Fast zwei Jahre wurde im Land diskutiert, um Ideen und Vorschläge für ein behindertenpolitisches Maßnahmenpaket zu entwickeln. Die lange Vorbereitung war wichtig. Denn sie hat es ermöglicht, Betroffene intensiv einzubeziehen - gemäß dem Leitbild der Behindertenbewegung „Nichts über uns ohne uns“. Bei weitem nicht alle Vorschläge konnten aufgenommen werden, vor allem, weil finanzielle Ressourcen begrenzt sind.

Barriereabbau fängt im Kopf an

Aber: Auch nicht jede Maßnahme muss mit Kosten verbunden sein und der dringend nötige Abbau von Barrieren in den Köpfen kostet kein Geld. Die Maßnahmen sind ein erster Schritt auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft - nicht mehr, aber auch nicht weniger.

JÜRGEN MARESCH

AKTUELLE INITIATIVEN DER ROT-ROTEN KOALITION

- **Aktuelle Stunde** (durch DIE LINKE) zum Thema: Brandenburgs Energiepolitik in der öffentlichen Diskussion - Entwurf für die „Energiestrategie 2030“ vorgelegt
Drucksache 5/4603, angenommen
- **Gesetzentwurf** (mit B´90/Grüne) zur Änderung des Brandenb. Landeshwahlgesetzes (Wahlalter 16 u. a.)
Drucksache 5/4373, angenommen
- **Entschließungsantrag** zum Thema: Wirksamkeit von schulischen Sorbisch/Wendisch-Angeboten
Drucksache 5/4674, angenommen
- **Entschließungsantrag** (von 72 MdL einschließlich aller LINKEN) zum Kommissionsbericht zur Überprüfung der MdL auf MfS-Zusammenarbeit: Ehrlichkeit zeigen - Verantwortung übernehmen - Vertrauen stärken
Drucksache 5/4678, angenommen

Kleine Bitte...

...damit sich auch Nachbarn
und Freunde informieren können:

Nach dem Lesen **L** weiterreichen!

IMPRESSUM



Herausgeberin:
**Fraktion DIE LINKE
im Landtag
Brandenburg
Am Havelblick 8
14473 Potsdam**

Redaktionsgruppe:

Sven Rosig (Leitung)
Fon: 0331/966-1544, Fax: 0331/966-1505
sven.rosig@dielinke-fraktion.brandenburg.de

Portraits:

Trilon DiG

Satz, Layout,

Sven Rosig

Grafik:

10 000 Stück
Gieselmann Druck Medien-
haus Potsdam-Rehbrücke

Auflage & Druck:

Christian Görke (MdL)

V.i.S.d.P.:



Mit dem Smartphone
QR-Code einscannen
und direkt zur
Internetpräsenz der
Fraktion gelangen

www.dielinke-fraktion.brandenburg.de